

Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindem, Magdeburg. — Druck und Verlag von H. W. Fannsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprech-Nr. 1411. Für Inserate 1921, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzustellungsstelle L. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis. Vierteljährlich einm. Postfrei 18,00 Mk., monatlich 6,00 Mk. Beim Abholer vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 17,10 Mk., monatlich 5,70 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 18,30 Mk., monatlich 6,30 Mk. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühr: die gewöhnliche Anzeigenzeile 1,00 Mk., im Restamt 1/2 Zeile 3,50 Mk., Verlagsstellenbesitzer 50 Pf. Anzeigen-Kabart geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 80.

Magdeburg, Donnerstag den 7. April 1921.

32. Jahrgang.

Der englische Riesenstreik.

Englands Wirtschaftsleben ist von dem Streik der Bergarbeiter erschüttert. Die Kohle ist ihm genommen und damit der Grundstoff des industriellen Lebens. So wenig ein Fisch ohne Wasser, so wenig kann ein Industrieland ohne Kohle leben. Lange kan deshalb eine Entscheidung nicht ausstehen, aber um so heftiger müssen die Wirkungen zu spüren sein, die der Streik im politischen Leben auslösen muß.

Die politischen Wirkungen machen sich nun in Veränderungen im englischen Kabinett bereits recht deutlich bemerkbar. Nach einer Spasmsmeldung wird Robert Sorne Schatzkanzler, Dr. Addison Minister ohne Portefeuille, Waldwin Präsident des Arbeitsamts, Sir Alfred Mond Minister der öffentlichen Gesundheitspflege und Kellaway Minister für Post, Telephon und Telegraphen.

In bürgerlichen Kreisen rechnet man angesichts des Bergarbeiterstreiks auf den von Lloyd George bisher vergeblich angestrebten

Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien im Kampfe gegen die sozialistische Arbeitererschaft. Die Angst des englischen Bürgertums ist begreiflich, denn es geht bei diesem Kampfe um mehr als nur um eine Lohnerhöhung.

Der nunmehr entbrannte Kampf der englischen Bergarbeiter ist das Resultat der katastrophalen, seit dem Waffenstillstand geführten englischen Regierungspolitik. Durch diese Politik wurde nahezu die halbe Menschheit in ihrer Lebenshaltung aufs äußerste gefährdet. Die Kaufkraft ganzer Länder wurde vernichtet.

Wie diese Politik praktisch arbeitete, erkennt man am besten an der englischen Kohlenindustrie. Im Jahre 1919 schuf die Regierung einen Ausfuhrzoll auf Kohlen. Im selben Augenblick, als die Kohlenproduktion Europas darniederlag und in Frankreich, Italien und dem übrigen Ländern die größte Kohlennot herrschte, zog England durch diesen Zoll Milliarden aus jenen Ländern. Dieser, den englischen Steuerzahler entlastende Zoll führte dem englischen Staatsfiskus Millionen Pfund Sterling zu. Gleichzeitig wurde ein die Bergarbeiter zufriedensstellendes

„nationales Lohnausgleichssystem“ geschaffen. Die britische Bergarbeiterföderation war stets Gegnerin dieser eigenartigen Form staatlicher Kontrolle und verlangte die Sozialisierung der Bergwerke.

Trotz aller künstlichen Schranken hat sich seit dem Sommer 1919 die gesamte ökonomische Welt verändert. Der Ausfuhrzoll, den man in Frankreich einen „Wutzoll“ nannte, erweist sich als eine wirtschaftliche Fessel. Wie die „Daily Mail“ am 31. März mitteilte, erwächst dem Staat in diesem Jahr aus der Kohlenkontrolle trotz des Ausfuhrzolls ein Defizit von 80 Millionen Pfund Sterling. (1 Pfund Sterling gleich 246 Mark.) Die „Daily Mail“ sucht die Ursache der jetzigen wirtschaftlichen Krise Englands in dem zu hohen Preise der englischen Kohle. Sie sei auf dem Kriegspreis stehengeblieben, während die Kohle anderer Länder, vor allem die amerikanische, viel billiger geworden ist. Durch Gesetz ist die Kohlenkontrolle und der Ausfuhrzoll seit dem 31. März beseitigt worden. In der Nacht zum 1. April brach der Streik oder, besser gesagt, trat die

Generalaussperrung aller Bergarbeiter in Kraft. Von einem Streik kann kaum die Rede sein. In alle Kohlenbergarbeiter erging die Bekanntmachung, die bestehenden Arbeitsverträge seien mit dem 31. März beendet. Da eine Einigung über die Art der neuen Arbeitsverträge nicht erzielt werden konnte, wurden von den Grubenbesitzern die Bedingungen, unter denen die Arbeiter vom 1. April ab arbeiten sollten, bekanntgegeben.

Als Basis der neuen Lohnregelung verlangten die Bergarbeiter:

1. Die Erhaltung eines nationalen Lohnabkommens, wonach etwa notwendig werdende Lohnreduzierungen gleichmäßig auf alle Kohlenfelder des Landes verteilt werden sollen.
2. Die vorläufige Aufrechterhaltung der staatlichen Zuschüsse zur Unterstützung des jetzigen Lohnstandards, solange die Depression in der Kohlenindustrie anhält.

Demgegenüber verlangen die Grubenbesitzer die sofortige Beseitigung des mit der Regierung zustande gebrachten nationalen Lohnabkommens und weiter, daß die Löhne sich in Zukunft nach der Ertragsmöglichkeit

der Industrie in den einzelnen Kohlenbezirken richten sollen. Die Forderungen der Grubenbesitzer schließen eine sofortige Lohnverfälschung bis zu 42 Schilling pro Woche in sich. Kein Wunder, daß sich die Bergarbeiter gegen ein solches Ansinnen zur Wehr setzen.

Außer der Sozialisierung der Bergwerke spielte in dem letzten Jahren das „nationale Lohnabkommen“ bei den Kämpfen der Bergarbeiter die Hauptrolle. Tatsächlich wurde durch das Schenken nach einem auf nationaler Grundlage basierenden Lohnsystem die Verstaatlichung so brennend. Die Ertragsfähigkeit der englischen Kohlenbergwerke ist sehr verschiedenartig, was sich schon aus der Höhe der vorgeschlagenen Lohnverfälschungen zeigt. Diese beträgt nahezu 42 Schilling in Cumberland, ist aber gleich Null in Wols, Derbyshire, Leicestershire und York. In Südwales würden die Lohnverfälschungen 36 Schilling betragen, in Lancs 27 Schilling, in Schottland 20 Schilling, in Northumberland 7 Schilling und in Durham gar nur 3 1/2 Schilling.

In den Bergarbeitern soll aber nur ausprobiert werden, ob die Zeit gekommen ist, ganz allgemein die Löhne der Arbeitererschaft herabzusetzen. Es ist möglich, daß der Kampf der Bergarbeiter nicht allein mit wirtschaftlichen, sondern auch mit politischen Mitteln ausgetragen wird. Nach der Meldung eines Stimmorgans plant die englische Regierung die seit langem notwendige Neuwahl zu beschleunigen und die Streitfrage, die zum Kampfe mit den Bergarbeitern geführt hat,

zur Wahlparole zu machen.

Den Wählern sollen folgende Fragen vorgelegt werden:

1. Kann die Regierung Millionen von Pfund Sterling ausgeben für die Unterstützung von Arbeitern, die steuerrechtlich bereits ganz besonders günstig stehen?
2. Will das Land seine Regierung auf eine neue und offen sozialistische Politik verpflichten und mit dieser Politik im großen Maßstab Experimente anstellen?

Ob diese Meldung richtig ist, läßt sich augenblicklich nicht nachprüfen. Jedenfalls ist mit heftigen politischen Auseinandersetzungen zwischen der Arbeitererschaft und dem Bürgertum in England zu rechnen.

Die englische Regierung macht jetzt alle ihre Machtmittel

gegen die kämpfenden Bergarbeiter mobil.

Es wurden Maßnahmen angeordnet, welche der Regierung das Recht geben, über Land, Kohle, Bergwerke, Pferde, Fahrzeuge, elektrische Bahnen, Kleinbahnen, Kanäle, Nahrungsmittel, Futtermittel zu verfügen, den Transport auf den Straßen zu regeln, den Transport irgendwelcher Güter zu beschränken oder gänzlich zu verbieten, den Verkehr in den Häfen zu regeln, die Verzollung der Schiffe zu verweigern, das Ausladen irgendwelcher Güter zu verbieten, die Verteilung, den Preis und den Verbrauch von Gas, Wasser, Elektrizität und Petroleum zu regeln, in allen Teilen Englands den Kauf, Verkauf und den Besitz von Schusswaffen zu verbieten, die Veranstaltung von Versammlungen und Umzügen zu unterjagen, und die Angehörigen der Wehrmacht zu jedem lebenswichtigen Dienste zu verwenden. Die Maßnahmen geben weiter der Polizei das Recht, ohne richterliche Vollmacht Durchsuchungen und Verhaftungen vorzunehmen. Uebertretungen dieser Verordnungen werden mit Zwangsarbeit bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 100 Pfund Sterling bestraft.

Aber auch die Arbeiter sammeln ihre Kräfte. Nach den einlaufenden Berichten sind auch die englischen

Eisenbahner zum Streik bereit,

wenn dieser von der Organisation beschlossen werden sollte. Das gleiche gilt von dem andern Mitgliede des Arbeiterdreibundes, den Transportarbeitern.

Der Sympathie aller deutschen Arbeiter können die englischen Arbeiter gewiß sein, wenn es auch den deutschen Gewerkschaften kaum möglich sein dürfte, durch große Geldmittel den englischen Kampf zu unterstützen, wie es vor dem Kriege so oft geschah.

Wehren müssen sich die deutschen Arbeiter aber gegen die Art, wie die Kommunisten in die Kämpfe eingreifen wollen. Das Exekutivkomitee, das erst das furchtbare Unheil in Mitteldeutschland angestiftet hat, wagt es nun, von den deutschen Arbeiter schon wieder zu verlangen, daß sie seinen

„Parolen“ folge und sofort in einen Sympathiestreit für die englischen Bergarbeiter trete. Die englischen Arbeiter haben bisher darum nicht gebeten, sie haben nicht einmal die englischen Arbeiter zur Hilfe aufgerufen und werden kein Verständnis dafür besitzen, daß eine deutsche Partei sich anmaßt, in ihre Kämpfe aktiv einzugreifen. —

Vor neuen Gewalttaten?

Im französischen Senat hat der Ministerpräsident Briand eine Rede gehalten, in der mit neuen Gewaltmaßnahmen gegenüber Deutschland gedroht wird. Von London sagte der französische Premier,

Deutschland habe lächerliche Vorschläge gemacht. Briand rühmte die loyale und vornehme Antwort Lloyd Georges, der die Sache Frankreichs vorfeilschaft vertreten habe, und kommt dann auf die Befragung von Düsseldorf, Ruhrort, Duisburg zu sprechen. Weil das Londoner Abkommen nicht verwirklicht worden sei, trete der Versailler Vertrag in Kraft.

Nach dem 1. Mai wird Deutschland keine Verzögerung mehr herbeiführen können. Wenn die Fahrlässigkeit des Schuldners nachgewiesen ist, habe der Gläubiger das Recht,

alle Zwangsmaßnahmen durchzuführen.

Briand fuhr in seiner Rede dann wörtlich fort: In London hat Deutschland sich des Friedensvertrags bedient. Sobald der Zeitpunkt gekommen sein wird, werden wir das gemeine Recht in Anwendung bringen. Versucht Deutschland sich noch einmal seinen Verpflichtungen zu entziehen — ich sage dies mit erhobener Stimme —, so wird eine starke Hand auf es herabfallen! (Stürmischer Beifall.)

Deutschland versuche immer noch List anzuwenden. Es habe es gesehen, daß einer der Verbündeten vorübergehend beiseite stehe. Es habe deshalb bei ihm eine Propaganda getrieben, die würdig sei seiner Schwerefülligkeit und der Mißachtung, die es gegen andre Nationen habe. Aber Amerika habe die Wahrheit begriffen. Es habe erklärt, es stelle mit Vergnügen fest, daß Deutschland den guten Willen habe, seine Schuld zu bezahlen, weil es für den Krieg verantwortlich sei. 50 Jahre hindurch habe Deutschland die Macht bewundert, und nachdem es seine Truppen mit Ruß an der Spitze habe zurückziehen sehen, habe es geglaubt, es sei ein Opfer des Hungers und des bösen Geschicks geworden, sei aber nicht besiegt. Jetzt aber sehe es, daß fremde Truppen auf seinem Gebiet vordringen, und es bemerke, daß sich tatsächlich seit 1871 etwas geändert habe. Alles, was Deutschland besitze, garantiere die Schuld. Sollten etwa diejenigen, die Frankreich Geld geliehen hätten, damit es sich verteidigen könne, nicht bezahlt werden, während diejenigen, die Deutschland Geld geliehen hätten, inzwischen bezahlt würden? (Lebhafter Beifall.)

Man werde Zwang anwenden, von dem auch die deutschen Großindustriellen nicht ausgeschlossen sein würden. Ein Teil der deutschen Bodenschätze müsse zur Zahlung herangezogen werden. Allerdings verfiere Deutschland seine Hilfsquellen. Der entscheidende Augenblick nahe heran, in dem Frankreich im Einverständnis mit seinen Verbündeten fest entschlossen sei, das letzte Wort zu haben.

Die Zwangsmaßnahmen seien mit Maß ausgeführt, aber mit der Sicherheit, die das gute Recht und das Vertrauen in die Zukunft gebe. Er beklage das deutsche Volk. Es werde aber in kurzem erfahren, daß das Recht auf der Seite der Alliierten stehe und daß man entschlossen sei, zu seiner Forderung zu gelangen, wenn nötig, mit Gewalt.

Briand antwortete dann den verschiedenen Interpellanten, die zu Beginn der Sitzung zu Worte gekommen waren. Er sprach zuerst von den Beziehungen zu Sowjet-Rußland. Er glaube nicht, daß man mit einem juristisch nicht anerkannten Staat einen Vertrag abschließen könne. Rußland sei ein desorganisiertes Land ohne Transportmittel. Der Standpunkt Amerikas näherte sich dem Frankreichs. Er werde der Anregung näher treten, ob man nicht gemeinsam mit den Vereinigten Staaten handeln könne.

Zum Schluß kam Briand auf das Abenteurer des Exkönigs Karl zu sprechen. Es handle sich darum, Verpflichtungen zu erfüllen, die man gegenüber Italien, der Tschechoslowakei und Südslawien übernommen habe. Die Rückkehr des Königs hätte zum Winterziehen führen können.

Karlsberg ist heimgefahren worden

Das ungarische Abenteuer ist zu Ende. Karlsberg ist aus Steinamanger abgereist und erreichte nachmittags die ungarisch-österreichische Grenzstation Fehring. Der Zug wird also nicht über Wien geleitet. Bei der Übernahme des Zuges ergaben sich Schwierigkeiten, da die Ungarn den Zug nur den Offizieren übergeben wollten. Der Wiener Polizeirat, der dabei war, erklärte aber, daß er im Namen der Regierung Österreichs den Zug zu übernehmen hat, da er der Kommandant des Zuges sei. Wenn die Ungarn darauf nicht eingingen, so würde er den Zug nicht übernehmen. Daraufhin gaben die Ungarn nach. Der Polizeirat stieg dann in den Wagen Karls ein und brachte ihm die Übernahme zur Kenntnis. Bei der Abfahrt wurde von den Ungarn „Eisen“ geschrien, worauf die österreichischen Eisenbahner mit „Abzug Karlsberg“ antworteten.

Eine zweite Schwierigkeit, über deren Behebung noch keine Meldung vorliegt, ergab sich in Bruck a. d. Mur. Dort haben die Arbeiter den Zug nicht in die Station einfahren lassen und eine große Demonstration gegen die Staatsbahn veranstaltet.

Der österreichische Minister des Innern, Dr. Glanz, ist zurückgetreten, weil er den Vereinbarungen, die über den Transport Karls durch Österreich getroffen wurden, nicht zustimmen wollte. Um nämlich Karl Habsburg vor allzu stürmischen Liebesbetreibungen zu schützen, wird der „Hofzug“ auch von Abgeordneten der drei großen Parteien, der Christlichsozialen, Sozialdemokraten und Großdeutschen begleitet. Dr. Glanz ist besonders daran Anstoß genommen haben, daß auch zwei sozialistische Offiziere und einige Volkswehrleute mitfahren.

Die Schweiz hat sich nun doch entschlossen, dem Exkaiser ein provisorisches Asyl zu gewähren. Ueber den entsprechenden Beschluß des Bundesrats wird mitgeteilt: Die Einzelreiseerlaubnis wird dem Schritte der ungarischen Regierung zufolge provisorisch erteilt, weil dadurch der Exkaiser am raschesten die Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, wo er ein Element der Unruhe ist, verlassen kann. Bei dem Eintritt in die Schweiz wird ihm eröffnet, daß die Einzelreiseerlaubnis eine provisorische sei und daß er einen Aufenthalt zu wählen habe, der weder im Grenzgebiet liegt noch eine größere Stadt sei. Durch eine Untersuchung werden die Verhältnisse, unter denen der Exkaiser das Land verlassen konnte, festgestellt, und es wird alsdann der Bundesrat unter vollkommener Freiheit darüber entscheiden, ob ein weiterer Aufenthalt in der Schweiz dem Exkaiser noch gestattet werden kann oder nicht.

Wenig ruhmvoll hat sich dieser hervorragende Vertreter der Monarchie benommen. Wie ein Dieb in der Nacht ist er in Ungarn eingebrochen, bei den ersten Schwierigkeiten war er mit seinem Vatein zu Ende und feig versteckte er sich hinter einer „Krankheit“, um eine Frist zu gewinnen. Nun hat er „sein“ Land verlassen müssen unter Gestirte seiner einstmaligen „Untertanen“.

Der Streich Karl Habsburgs ist ein böser Schlag für das monarchische System, denn nirgends konnte die Schwäche und Ueberlebtheit sich besser erweisen als in Ungarn, das im Prinzip eine monarchische Verfassung hat, und doch beschloß das gleiche Parlament, das diese Verfassung machte, einstimmig die Rückkehr des „angestammten Herrschers“ zu verweigern. Das ist nicht nur auf außenpolitische, sondern auch auf starke innerpolitische Widerstände zurückzuführen.

In Deutschland erwacht uns die Pflicht, uns vor ähnlichen Ueberfahrungen zu hüten und den Hohenzollern und Wittelsbachern klarzumachen, daß sie nichts zu gewinnen, nur zu verlieren haben, wenn es ihnen einfallen sollte, wie Karl Habsburg in Deutschland einzubrechen.

Nach dem Aufstand.

Noch immer dauert der Telegrammsturm des Landbundes fort, der die Behörden mit falschen Nachrichten über Plünderungen usw. zu verwirren sucht. Die Spitzenzentralen der Orgesch versuchen mit Greuelnachrichten die Presse. So wird nun die Nachricht dementiert, daß in Halle das Hauptquartier der roten Armee ausgehoben worden sei. In Wiesleben soll das Landratsamt gesprengt worden sein, dort gibt es kein Landratsamt und ist auch nichts gesprengt worden. Derartige erfundene Meldungen sind in diesen Tagen in großer Zahl verbreitet worden, auch von sonst gewissenhaften Zeitungen, denn eine sofortige Nachprüfung ist nur selten möglich.

Oberpräsident Göring befindet sich zurzeit auf einer Rundreise durch das Aufstandsgebiet und hat besonders Wert darauf gelegt, bei Landräten und sonstigen Behörden in Ransfeld, Heitstede, Giesleben, Sangerhausen, Querfurt, Merseburg usw. nachzufragen, was ihnen über die in den Telegrammen des Landbundes behaupteten Vorfälle usw. bekannt sei. Ueberall wurde ihm gesagt, daß zur Zeit, als die Telegramme aufgegeben wurden, kein Grund zu solchen Giftpfeilen vorlag. Es war also verbrecherisches Spiel, das hier vom Landbund getrieben wurde und nur zu dem Zweck, einen Vorwand zur Bildung von bewaffneten Organisationen zu haben.

Ueber die Lage in der Provinz teilt das Oberpräsidium mit:

Aus der ganzen Provinz keine besonderen Nachrichten. Die Streifen dauern fort und versprengte Aufhänger werden immer noch festgenommen. Die Ausnahmegebiete haben ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Militärtransport der Reichswehr in ihre Garnisonen hat begonnen. Auch die Truppen der hiesigen Garnison sind heute zum Teil zurückgekehrt.

Das von kommunistischer Seite ausgehende Gerücht, daß bayrische und württembergische Truppen nach Magdeburg gekommen seien, ist un wahr. Es handelt sich nur um die Rückkehr der hier garnisonierenden Truppen.

Die Verluste der Schutzpolizei während der Aufstandsbewegung sind folgende: 88 tote, 67 Vermunnete und ein Vermisster.

Falsche Gerüchte werden nicht nur von reaktionärer Seite verbreitet, sondern auch von den Kommunisten. Am Beispiel des Beunruhigten haben wir das unlängst gezeigt. Die „Rote Raube“ bringt nun in großer Aufmachung die Meldung,

Das neue Gesetz vom 28. Dezember 1920 brachte aber noch eine weitere Einschränkung. Es setzte im allgemeinen für die Bezüher von Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Wierwerente eine Beihilfe von monatlich 40 Mark, für Empfänger einer Wierwerente von monatlich 20 Mark ab 1. Januar 1921 fest. Alle Personen, die auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes oder anderer Militärversorgungsgesetze eine Versorgung erhalten, wurden von dieser außerordentlichen Beihilfe ausgeschlossen. Diese Bestimmung bedeutet eine große Härte gegenüber den Empfängern von Kriegskriegsgeld. In diesen Kreisen herrscht mit Recht eine große Unzufriedenheit, zumal gerade diese Kreise die Beihilfe bitter benötigen.

Bei Beratung des Staats des Reichsarbeitsministeriums im Februar d. J. hat die sozialdemokratische Fraktion die Regierung auf diese außergewöhnliche Härte aufmerksam gemacht und schärfste Abhilfe verlangt. Die Regierung erkannte den Mangel des Gesetzes an. In seiner letzten Sitzung vor den Osterferien hat der Reichstag eine Aenderung des Gesetzes beschlossen, die besagt, daß die Beihilfe vom 28. Dezember 1920 Personen, die auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes oder anderer Militärversorgungsgesetze eine Versorgung erhalten, nur insoweit zuteil, als die zu gewährende Beihilfe die gewährte Versorgung übersteigt.

Diese neue Bestimmung beseitigt zwar nicht restlos die im Gesetz vorhandenen Härten, aber im wesentlichen ist erreicht, daß die meisten Kriegskriegsgeldern nunmehr auch die Beihilfe vom 28. Dezember 1920 erhalten, die ihnen bisher vorenthalten worden ist. Die Beihilfen sind demnach vom 1. Januar 1921 ab zu gewähren, und so gering sie auch sind, tragen sie doch dazu bei, den armen Rentenempfängern die trüben Zeiten erträglicher zu gestalten.

Entlassung der Kreisräte.

In den Organen der Rechtsparteien wurden heftige Angriffe gegen den Minister Sebering erhoben, weil er angeblich in ganz brutaler Weise und unter Nichtachtung von Verträgen die Landesschutzbeamten (Kreisräte), entlassen habe. Selbstverständlich fehlte im Chor der Schimpfenden auch die „Magdeburgerische Zeitung“ nicht.

Was von den Angriffen zu halten ist, das geht aus folgender Erklärung des Vorstandes vom Wirtschaftsverband der Landesschutzbeamten hervor:

In einem Teile der Presse ist die den Landesschutzbeamten ausgegangene Kündigung der Verträge mit dem preussischen Staate zu scharfen Angriffen genau das preussische Ministerium des Innern benutzt worden. Unbeschadet seiner sachlichen Stellungnahme erklärt der Vorstand des Wirtschaftsverbandes der Landesschutzbeamten Preußens hiermit, daß er diesen Angriffen völlig fernsteht und sie auf das entschiedenste mißbilligt.

Oberkreisleiter Rosen, 1. Vorsitzender, Kreisrat Kreißler u. Sebering, 2. Vorsitzender, Kreisrat Gahn, Schriftführer

Es ist eine Gepflogenheit der Arbeiterpresse, eingehende Bekämpfungen und Angriffe, die sich gegen Arbeiter- und Dienstverhältnisse, Interessenvertretung nachprüfen zu lassen. Der parteipolitische Haß der reaktionären Presse ist aber zu groß, als daß sie in solchen Fällen sich ebenfalls genauer erkundigen würde. Es ist ihr alles recht, was nach ihrer — gewöhnlich sehr beschränkten — Ansicht dazu dient, den verhassten Sozialdemokraten ein auszuweisen. So kommt es, daß die reaktionären Zeitungen wütenden Angriffen Raum geben, denen Interessen von Einzelpersonen zugrunde liegen, die dann der Öffentlichkeit gegenüber verallgemeinert werden, in Wirklichkeit aber nur das Gesamtinteresse der Berufsgenossen schädigen, und die Verbände müssen eingreifen. Um das Interesse der Gesamtheit zu wahren. Es gibt nun eine ganze Anzahl von Verbänden gewerkschaftlicher Art, deren Mitglieder nicht zur Arbeiterkategorie gehören wollen und als Sprachorgane die bürgerliche Presse benutzen. Darum müssen aber auch die bürgerlichen Journalisten es lernen, wirklich die Interessen der ihnen nahestehenden Kreise zu vertreten und nicht, wie es die „Magdeburgerische Zeitung“ getan hat, wie der Ochse im Porzellanladen herumzutoben.

Wer als Angestellter, als Beamter usw. einer Interessenvertretung bedarf, der sollte sich aber einmal recht ernsthaft überlegen, ob überhaupt die vom Kapital abhängige Presse in der Lage ist, die Interessen eines Verbandes zu vertreten. Er wird dann sicher bald zu der Ueberzeugung kommen, daß nur der Anschluß an die allgemeine Arbeiterbewegung ihm auf die Dauer wirksame Hilfe zu bringen vermag. Vom Kapital werden sie doch nur als Werkzeug mißbraucht, das weggeworfen wird, wenn es ihm unlangfristig erscheint.

Die Karpathen-Tragödie.

Durch die vom Staatsanwalt wie vom Verteidiger eingelegte Revision gegen das Urteil im Hiller-Prozeß wird die Angelegenheit nunmehr zum zweiten Male vor der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Auch den Ergebnissen der bisherigen fünf Verhandlungen ist allerdings wenig Hoffnung vorhanden, daß das Ergebnis eine wesentliche Aenderung erfahren wird.

Im Prozeß Hiller befindet sich — wie in so zahlreichen Prozeßen der nachrevolutionären Zeit — die Justiz auf der Anklagebank, und es widerspricht allen Gepflogenheiten eines Angeklagten, ein anderes als freisprechendes Urteil über sich selbst zu sprechen. Dennoch muß die Wiederanrufung des Verfahrens begründet werden. Die Dinge, die im Verlauf der bisherigen Verhandlungen zutage traten, sind so ungeschwieblicher Natur, daß die Öffentlichkeit sich gar nicht oft genug mit ihnen auseinandersetzen kann. Je größer die Urteile werden und je mehr sie dem Gerechtigkeitsempfinden des Volkes widersprechen, um so mehr wird das Bewußtsein von der Unhaltbarkeit der ursprünglichen Justiz allen Teilen des Volkes eine Selbstverständlichkeit werden, und der Ruf: Fort mit dieser Rechtsprechung! wird nicht mehr verstummen.

Der Verteidiger des Karpathenjägers Hiller erklärt, in seinem Plädoyer, es wäre ein Glück gewesen, wenn die deutsche Presse mehr solcher Offiziere gehabt hätte. Wir sind gespannt, ob die Karpathenplünderung sich dieser ungläublichen Auffassung anhängen wird.

Auch das Vorgehen Griechenlands beklagte Briand. Griechenland habe man klar zu verstehen gegeben, welche Gefühle man habe. Man habe Freundschaftsgefühle gegen das Volk und wolle ihm das Recht geben, seinen Willen hinsichtlich des Monarchen frei zu äußern. Das Vorgehen Frankreichs in der Orientfrage habe aber den Griechen bewiesen, daß Frankreich seine geheiligten Rechte wahren wolle.

Briands Bemerkungen über Amerika beziehen sich auf den bereits erörterten

Gedankenaustausch zwischen Deutschland und Amerika über die Wiedergutmachungsfrage. Die amerikanischen Wahlen waren zum großen Teil mit der Parole „Gegen den Versailler Frieden!“ gemacht worden, und darum muß der neue amerikanische Präsident etwas tun, was dieser Parole entspricht. Darum spielt die

Resolution des Senators Knog wieder eine große Rolle. Knog verlangt den Abschluß eines Sonderfriedens mit Deutschland. Ueber seine Gedanken darüber hat Knog dem „Matin“ gesagt:

Frankreich, England, Italien und Japan sowie ganz Europa leben mit Deutschland im Frieden. Amerika allein befindet sich noch im Kriegszustand. Dieser müsse aufhören, er könne aber nicht für Amerika durch die Annahme des Versailler Friedensvertrags beendet werden, denn dieser Vertrag enthalte die Völkerverträge, die kein Senat und keine amerikanische Regierung annehmen wird. Der Versailler Vertrag enthält Bestimmungen über die Grenzen in Mitteleuropa, mit denen Amerika nichts zu tun hat, er enthält Bestimmungen über den fernen Osten, die Amerika nicht ratifizieren kann. Es gäbe daher nur ein Mittel, den Frieden herzustellen, nämlich mit Deutschland direkt zu verhandeln. Aber über die künftige Haltung Amerikas soll diesbezüglich kein Mißverständnis herrschen. Damit weder Deutschland noch irgendein anderer sich Täuschungen hingeben, wird Knog zu seiner Resolution einen Zusatz hinzufügen, daß für den Fall, daß die Zivilisation von neuem Gefahr laufen sollte, wie im Jahre 1914, die Vereinigten Staaten sich von dieser Gefahr sofort als bedroht ansehen, und sich sofort mit allen andern verständigen würden, die ebenfalls von dieser Gefahr bedroht sind.

Nach einer weiteren Mitteilung soll die Zusatzaussage und ihre Begründung in sehr energischem Tone gehalten sein, und der Vertreter des „Matin“ berichtet, Knog habe bei der Abfassung sicher an Frankreich gedacht.

Wir stehen wieder einmal innen- und außenpolitisch vor schweren Entscheidungen, das Maß der Bitternisse, welches der Krieg und die leitfertige Politik Wilhelms und seiner Ratgeber über das deutsche Volk gebracht haben, scheint bei weitem noch nicht voll zu sein.

Rätselraten.

Wie bei jeder Regierungskrise, so finden sich auch jetzt anlässlich der schwierigen Regierungsbildung in Preußen Korrespondenzen, Nachrichtenbüros und Mitarbeiter einzelner Blätter, die von „bestimmter zuverlässiger Seite“ den genauen Plan der künftigen Regierung anzugeben wissen. Daß die Lösung in jedem Einzelfall verschieden ausfällt, bemerkt ja nur der Leser, der verschiedene Zeitungen zu Rate zieht. In Wirklichkeit sind die Lösungen meist nichts als Vorschläge, die von einer interessierten Seite ausgehen und in die Öffentlichkeit lanciert werden, um auf diese Weise dafür Stimmung zu machen.

In Wirklichkeit ist eine Lösung der Regierungskrise bis zur Stunde nicht erfolgt, sie kann auch um so weniger erfolgt sein, als die Fraktionen der maßgebenden Parteien teilweise erst im Laufe des Mittwochs zusammentreten.

Die Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die sich am Dienstag mit der preussischen Regierung befaßte, war nur kurz. Genosse Siebering berichtete über die bisher geführten Verhandlungen und kam zu dem Ergebnis, daß diese keinen Anlaß gäben, von dem früher gefassten Beschluß, nicht mit der Volkspartei in die Regierung zu gehen, sondern an der alten Koalition festzuhalten, abzuweichen. Die Fraktion schloß sich dem einstimmig und ohne Debatte an, da bisher keine neuen Tatsachen gegeben seien, die zu einer erneuten Aussprache Anlaß geben könnten.

Beihilfen für die Kleinrentner.

Durch Gesetz vom 26. Dezember 1920 wurde den Invalidenrentnern von der Invalidenversicherung eine außerordentliche Beihilfe zu ihrer Rente und den bisherigen Rentenzuschlägen bewilligt, zugleich aber bestimmt, daß solchen Rentenbesitzern, die daneben noch eine Rente nach dem Militärversorgungsgesetz beziehen, diese Beihilfe nicht zu gewähren ist. Dadurch sind viele Rentnemphänger schwer benachteiligt worden, da ihre Bezüge mit Militärrentenbesitzern niedriger sind als die Invalidenrenten mit Zulage und Beihilfe.

Durch eine Verordnung vom 21. August 1919 wurden Zulagen bewilligt für alle Personen, die auf Grund der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung eine Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Wierwerente beziehen, sofern sie nicht Ausländer sind, die sich im Ausland aufhalten. Demnach wurde auch den Empfängern von Militärrenten und Militärhinterbliebenenrenten das Recht auf die Zulage von 20 Mark für die Invaliden- oder Altersrente und von 10 Mark für die Witwen- oder Wierwerente gegeben.

Durch eine Verordnung vom 20. Mai 1920 wurden die Zulagen auf 30 Mark für die Invaliden- oder Altersrente, auf 15 Mark für die Witwen- oder Wierwerente erhöht und für die Rentnemphänger eine Zulage von 10 Mark festgesetzt. Daneben wurde aber zugleich bestimmt, daß Personen, die auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes von 12. Mai 1920 eine Rente für Kinder aus ihrer Erwerbsfähigkeit um mehr als zwei Drittel oder eine Militärhinterbliebenenrente beziehen, die Zulage nicht erhalten.

Wäsche-Stein
Spezialrenner
Brettlweg

Lange & Münzer

Breiteweg
51/52

Extra-Verkauf
in
Seiden-Stoffen!

Helvetia-Seide
Reine Selde in allen modernen Farben la. Qualität
zirka 48 cm breit 36⁰⁰ Meter | zirka 90 cm breit 72⁰⁰ Meter

Messaline-Seide
moderne Streifen Mtr. 37⁵⁰ | **Paillette-Schotten**
für Blusen . Meter 24⁵⁰

Bastseide
100 cm breit, champagne und hellblau . . . Meter 56⁵⁰

4 Qualitäten Hemdentuche
besonders billig, geeignet für Wäschewecke
Meter 7.75 8.50 11.00 13.75

3 Qualitäten Linon
fein- und starkfädig, geeignet für Bettwäsche, 80 cm breit
Mtr. 10.80 11.50 13.50 | 180 cm breit 24.50 Meter

2 Qualitäten Renforcé
schneeweisse Ware,
80 cm breit Meter 11.50 13.75

Färbe zu Hause
nur mit
Heitmann's Farben
Marke „Fuchskopf im Stern“
Einfach-Praktisch-Billig!

Blutarmut!
Bei Blutschwäche, Anämie, Schwäche ist
SODIUM (Eisen-Kalium-Phosphat)
ein geschätztes Stärkungs-
mittel für jung und alt. 112
Hof-Apothete Breiteweg 158
am Strichbogen.

Feiner Tisch- u. Krankenwein
Feines Selbstbrennwein pro Flasche inkl. Glas u. Stener
M. 11.20, bei 10 u. mehr Flaschen pro Flasche M. 10.70,
loste von 500 inkl. Stener, ohne Glas, pro Liter M. 10.90.
Anschauen und Eingebunden! Breite-
weg 128, gegenüber d. Reichsanstalt.
Stener u. Spier, Reichsallee Str. 45, gegenüber d. Petruskirche.

Uhren-Instanzungen
in kürzester Frist

**Fordern Sie zuvor meine Annahme-
Bedingungen.**

Ausführung zuverlässig
durch **Zuverlässigkeit**
gewährleistet

Preise geleisteter Arbeit
gemäß **genau kalkuliert**

Moosmann
n. d. Hauptpost
Moderne Uhren-Schmuck
gegr. 1847
Fernsprecher 3951



Geben Sie acht:

Blütenweiß
wird Ihre Wäsche
mit
Bravo-Seifen

Bravo-Seifen Knochenhart und voll im Gewicht
Nr. 1 weiß M. 7.- d. St. Nr. 2 hellgelb M. 6.- d. St.
für feine Wäsche • für tägliche Wäsche

Bravo-Seifenpulver Wäscht spielend leicht - löst jeden Schmutz -
20% Feffs. Gehalt. 250 Gr. M. 2.50 d. Paket •

Bravo-Bleichsoda Unerreicht in Reinigungs- und Bleichkraft. Gew. 500 Gr.
• M. 1.60 das Paket •

Joh. Fr. Weber, Seifen- u. feinseifenfabriken • Braunschweig

Anfertigung von Mützen,
nur Fleubetten, bei Zugabe von
Stoff, sowie um Wägen, Gar-
nieren und Instandsetzen von
Strohüten empfiehlt sich billig!
8454 **C. Biela**,
Rüchener u. Mützenmacherei
Gustav-Adolf-Str. 36, II,
Eingang nur Liefmannstraße.

Fahrrad mit Vereifung
150 Mtr. Damen-
rad, Herrenrad, Damen- und
Herrenrahmen sportbil. u. verl.
Gehert, Elshiertrugstr. 8. 18586

Gut erhalt. Sportwagen
ist für 75 Mark zu verkaufen
Gracau, Bentliner Str. 25, II.

Zahle jeden Preis
für neue und
gebrauchte Wäsche
Herren- und Damen-
Garderobe
Möbel, Betten, Stiefel
Uniformen und
Nachlässe
8218 **Gruner** Margareten-
straße 7
Telephon 2814.

Setzt ist es Seit
Ich kaufe und zahle für
Platin
pro Gramm Mark 110.00
(Höflichkeitspreise usw.)

Gold
pro Gramm bis M. 36.00
• Bruch u. Gegenstände,
alte Ketten, Ringe,
Armbänder, Broschen,
Medaillen, Zahngold usw.

Alte Gebisse
pro Zahn M. 6.00 bis 8.00
wenn echt (Friedensgebisse
sind meistens echt).

Georg Sack
Große Münzstr. 2, 1 St.
(Nicht am Breiteweg, neben
der „Volksstimme“).

Schlösserwerkzeuge
Feilen, Hammer usw.
kauft
von abends 8 Uhr an
Wolf, Breiteweg 229 a.

ROLLMOPS
DIE 25 PFG.
CIGARETTE

MITTELDEUTSCHE ZIGARETTEN-
UND TABAKFABRIK
HALLE '6

TEXTIL MESSE BEI BARASCH

Unsere Schaufenster und Schaukästen sind sämtlich mit Waren zu Extra-Preisen dekoriert. —

Bekleidungs- und Wirtwaren aller Art, die teils unseren bedeutenden Lagern entnommen, teils extra für diesen Verkauf besonders günstig eingekauft sind, stellen wir zu Preisen zum Verkauf, die berechtigtes Aufsehen erregen.

Herren-Artikel

Selbstbinder breite Form, moderne Streifen	8.75
Selbstbinder breite Form, schwarz/weiß und gemustert.	10.75
Strickbinder Kunstfelle	13.50 10.75
Gummihosenträger	10.75 8.75 5.75
Servietten weich geplättet, farbig	5.50
Servietten weich geplättet, weiß	6.75
Schillertragen weiß	9.25
Herren-Sporttragen mit spitzen Eden, Alpstoffe	4.50
Herren-Fliegermützen blau, mit und ohne Abzeichen	28.50 17.50
Herren-Sportmützen (Schwarz/weiß)	13.75
Herren-Sportmützen dunkel- und hellfarbig, zum Ausfüßen	13.75
Herren-Sportmützen aus modernem, feinsäurehaltigen Stoffen	21.50
Knaben-Fliegermützen blau, mit Abzeichen	16.50
Knaben-Fliegermützen blau, mit Abzeichen und Schriftband	21.50

Strümpfe

Damen-Strümpfe engl. lang, ohne Naht, schwarz und Leder	Paar 5.90
Damen-Strümpfe engl. lang, ohne Naht, 1x1 gestricht, schwarz, Paar	8.75
Damen-Strümpfe engl. lang, Doppelsohle, hochste, schwarz	Paar 9.50
Damen-Strümpfe prima Matoffor, Doppelsohle und hochste, Paar	13.50
Damen-Strümpfe prima Seidenfor, extra dünnes Gewebe, schwarz, moderne Gärbfarben	Paar 19.50
Damen-Strümpfe Seide, Doppelsohle und hochste	Paar 29.50
Füßlinge zum Anziehen	Paar 2.95
Herren-Socken Baumwolle, schwarz gewebt	Paar 6.50
Herren-Socken Baumwolle, moderne Farben	Paar 6.75
Herren-Socken feingewebt, Doppelsohle und -naht, feinfarbig	Paar 7.75
Kinder-Söckchen (schwarz und Leder) Größe 1 2 3 4 5 6 7 8 9	Paar 2.75 3.00 3.25 3.50 4.00 4.25 4.50 4.75 5.00
Kinder-Söckchen bunt, mit geringstem Rand Größe 4 5 6 7 8	Paar 4.50 5.00 5.50 6.00 6.50

Preiswerte Angebote in Teppichen, Läuferstoffen, Vorlagen, Chaiselonguedecken, Tischdecken, Steppdecken zu sehr billigen Preisen.

Kammer-Lichtspiele

Heute letzter Tag!
Luzie Höllich (Darstellerin des Kurfürsten in dem Film Katharina die Große).
Grete Ly, Ilka Grünig, A. Eckert, Eagen Klöpfer, Edgar Licho und Dr. Czemplin
Sturm
 Drama in 5 Akten.
Sascha Gura
Wie Gatan starb
 Bühnenstück in 5 Akten, nach dem Roman v. Dr. Arthur Louisberger.
 Beginn der Vorstellungen: **Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntag 3 Uhr.**

Kaffee HOHENZOLLERN

— Breiteweg —
 Kammer noch das beliebte Risser-Orchester und Kabarett-Einlagen

Fürstenhof-Prunksaal.
 Heute 7.30 Uhr Die großen Sensationen! Emanuel Geiner Hans Hebelt Szeny Deß in dem sensationellen Verwandlungsspiel Das Geheimnis des Fürsten Blau.
 Maria-Maria-Familie Richard Schumann Maria — Graciele Carl Gred Eitel Gerd

Städtische Theater.
 Donnerstag den 7. April Stadt-Theater. 5. Vorstellung Die Gezeichneten. Auf. 7 Uhr. Ende geg. 10 1/2 Uhr.
Wilhelm-Theater.
 Flackmann als Erzherr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Operntexte

Seite Donnerstag trifft wieder große Auswahl ob. Bodafche zur Auffüll. eines schmüd. flacker Reises Frauen angefahr. werd.
30 Jahre Bauschnitt
 ob. Bodafche zur Auffüll. eines schmüd. flacker Reises Frauen angefahr. werd. Berliner Straße 30/31
ZENTRAL-THEATER
 Nur noch kurze Zeit Abends 7 Uhr Das 105
Hollandweibchen
 Premieren-Befezung!!

Veget. Speisehaus
 Alter Markt 141, Ecke Hertzstraße.
 Reichhalt. Mittag- u. Abendkarte zu kleinen Preisen.
 Heute Spezialität: Kartoffelkuchen 3.00 mit Beise

Kasino-Theater
 Täglich große Vorstellung. 3 Schauspieler 1 Lebensbild. 8604
 Im Kabarett ab 9 Uhr. Bessere Borträge.

Reichhalt. kräft. Mittag- u. Abendkarte 2.25 Mitt. 3 Schauspieler 1 Lebensbild. Alte Hofe, Schwefelgasse. 22/8455

ZL
 Zirkus-Lichtspiele.
 Nur noch heute **Der Graf von Cagliostro**
 Drama aus dem Leben des größten Abenteurers aller Zeiten, 6 Akte. — Regie: Reinhold Schünzel.

Die Streiche der Berliner Range
 Lotte als Schulschreck Lustspiel in 3 Akten mit Ilka Wörner, Sarah Paulson
 Dazu d. wissenschaftl. Film **Natur im Film**
 Spielzeit 8.30—10.45 Uhr
 Sonntag 8—10.45 Uhr
 Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr.

Lichtschauspielhaus Panorama

Heute letzter Tag!
Der Mann ohne Namen
 3. Teil
Gelbe Bestien
 mit Harry Liedtke — Jakob Tiedtke — Mady Christians — Georg Alexander E. Kaiser-Titz — Manja Tzatschewa
 Ein Zeichen für die Güte des Bildes ist, daß der zweite Teil noch mehr besucht wurde als der erste. Dem 3. Teil geht eine kurze Beschreibung der beiden ersten Stappen voraus, so daß derselbe auch für den verständlich ist, der einen der beiden vorausgegangenen Teile verjümt hat.

Henny Porten
 Georg Schnell, Herm. Thiemiß
Ihr Sport
 Lustspiel in 4 Akten
 Beginn der Vorstellungen: **Wochentags 7 1/2, Sonntag 3 Uhr.**

Stempanshallen
 Goyer — Kramer Fabian sen. u. jun. Böden
 Lad. ind. — zwei zwei Stunden.

Bonitas, die gute Zigarette!